

GT 15-1/12

Berufliche Bildung / Berufliche Schulen

Forderung an den GEW-Hauptvorstand nach einer umfassenden wissenschaftlichen Evaluation der aktuellen Lage der Deutschen Berufsbildenden Schulen.

Diese Evaluation soll unter folgenden Gesichtspunkten erfolgen:

1. Wie weit haben sich die öffentlichen Träger in den Ländern schon aus der Steuerung ihrer BBS zurückgezogen um selbstständigere Einheiten mit größerer betriebswirtschaftlicher und personalwirtschaftlicher Handlungsfreiheit einzurichten?
2. Welche Einsparpotentiale ergeben sich für die öffentlichen Träger ?
3. Ist intendiert, dass die BBS in der Zukunft überhaupt nicht mehr in öffentlicher Regie geführt werden sollen ?
4. Wie passt der Beamtenstatus der Lehrkräfte und Schulleitungen zu dem Anspruch der Eigenbewirtschaftung in selbstständigeren BBS ?
5. Welche positiven und negativen Auswirkungen haben die Umsteuerungen für die SchülerInnen und Auszubildenden?
6. Welche positiven und negativen Auswirkungen haben die Umsteuerungen auf die Beschäftigten an den BBS ?
7. Welche Auswirkungen haben die Umsteuerungen auf die Bildungsangebote der jeweiligen BBS ?
8. Kommt es vermehrt zu prekären Beschäftigungsverhältnissen an den BBS?
9. Was bedeutet die Umorganisation für den Wirtschaftsraum im Einzugsgebiet der BBS?

Welche Einflussnahme in der Gesamtentwicklung geht auf Stiftungen wie z.B. der Bertelsmannstiftung zurück?

Begründung:

Deutsche Berufsschulen mussten sich in den letzten Jahren erheblich verändern bzw. stehen noch vor größeren Veränderungen. Ziel dieser Reformen ist die effizientere Nutzung vorhandener Ressourcen zur Erfüllung des staatlichen (Berufs-)Bildungsauftrages. Maßgebliche Richtung ist die nicht genau definierte größere "Selbstständigkeit" und die Umstrukturierung in unterschiedliche Rechtsformen.

Die Umsteuerung fand und findet statt, obwohl die Berufsbildung in Deutschland, besonders die duale Ausbildung, im internationalen Vergleich sehr erfolgreich ist. Dessen ungeachtet ist der Reformwille in den Ländern ungebrochen groß. Der Verdacht liegt nahe, dass die berufliche Bildung mehr in die einzelbetriebliche Obhut gegeben werden soll und der Staat sich zurückzieht – aus Kostengründen und zum Nachteil der jungen Menschen und der Berufspädagogen/innen.

Für eine fundierte gewerkschaftliche Argumentation wird dringend Datenmaterial benötigt.